

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmonie-Spaltenszeit oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Mit 1. April

beginnt ein neues Abonnement auf die
„Laibacher Zeitung“
nebst
„Blätter aus Krain.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865:

Im Comptoir offen	2 fl. 75 kr.
Im Comptoir unter Couvert	3 „ — „
Für Laibach in's Haus zugestellt	3 „ — „
Mit Post unter Kreuzband	3 „ 75 „

Vom 1. April bis Ende Dezember 1865:

Im Comptoir offen	8 fl. 25 kr.
Im Comptoir unter Couvert	9 „ — „
Für Laibach in's Haus zugestellt	9 „ — „
Mit Post unter Kreuzband	11 „ 25 „

Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg.

Amtslicher Theil.

S. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. März d. Z. den Hofkanzisten bei der königlich kroatisch-slavonischen Hofkanzlei Johann Surković zum zweiten Schulinspektor für Kroatien und Slavonien allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Marineminister hat den disponiblen See-Inspektor Ludwig Blasich zum Zentralhafen- und Seesantitätskapitän in Triest ernannt.

Nichtamtslicher Theil.

Laibach, 29. März.

Das Ereigniß des Tages ist die Rede des Staatsministers, welche derselbe gestern im Abgeordnetenhaus hielt. Mit dieser Rede wurde die Generaldebatte über das Budget für 1865 geschlossen. Es sind schwere Hiebe, die Herr von Schmerling rechts und links austheilt, und die, wir gestehen es, nicht unverbient sind. Das geht auch aus der ganzen Haltung der Journale hervor, welche für die Opposition immer von Lob überflossen und nicht genug Giftspitze für den Staatsminister hatten; sie krümmen sich unter der Wucht der Schläge, ohne sich recht vertheidigen zu können. Die Logik der Schmerling'schen Rede ist hie und da niederschmetternd.

Der Inhalt derselben ist, kurz gefaßt, folgender. Herr v. Schmerling erklärt: „Die Regierung, sowie das Haus, seien darüber einig, daß thunlichst gespart werden müsse, nur über die Ziffer bestehe eine Differenz. In dem Votum für eine höhere oder geringere Ziffer könne nicht ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum liegen, indem die Regierung bei der hier bestehenden genauen Spezifizirung des Budgets das Geld nicht anders verwenden könne, als es votirt werde.“

Die Regierung besitze Selbsterkenntniß. Er wolle in gedrängter Kürze erwähnen, wo es fehle und wo es die Regierung angeblich fehlen lasse. In der äußeren Politik verlangt man Entschiedenheit, feste Haltung, erklärt aber andererseits fortwährend, Oesterreich müsse sich jedes aktiven Vorgehens enthalten, sei ein verfallener, kreditloser Staat. Dieß alles sei nicht geeignet, Oesterreichs Stellung im Auslande zu

kräftigen. Niemals habe man im Verfassungskampfe Preußens gehört, daß das Abgeordnetenhaus der Regierung anrieth, Preußen möge seine Großmachtstellung aufgeben.

Wenn die Regierung auch nicht so sanguinisch sei, zu glauben, daß der erste ungarische Landtag schon die Verfassungsfrage lösen und Abgeordnete in den Reichsrath entsenden werde, so werde doch bei ruhigem Fortschreiten die Frage endlich gelöst werden. Alle Vorbereitungen zur Einberufung des ungarischen Landtages seien bereits getroffen. Von der Beschleunigung der Arbeiten des Gesamtreichsrathes hänge der Zeitpunkt der Einberufung des ungarischen Landtages ab. Eine Otkrohnung in Ungarn vorzunehmen, falle Niemandem ein. Der Weg der konstitutionellen Legislation sei stets ein langsamer. Die Vorlagen für den engeren Reichsrath werden die Ueberzeugung geben, daß die Regierung für die Fortbildung von verfassungsmäßigen Zuständen gesorgt habe.

Die finanziellen Zustände betreffend, bemerkt der Staatsminister: Abstriche allein seien kein radikales Heilmittel, man solle Mittel zur Abhilfe vorschlagen, nicht aber fortwährend aussprechen, es sei nicht mehr zu helfen. Ein verfassungsmäßiges Leben sei nur durch ein harmonisches Zusammenwirken mit der Reichsvertretung möglich. Beide seien nicht gegenüberstehende Parteien, weil beide die Landeswohlfahrt anstreben, wenn gleich mit verschiedenen Mitteln, abgesehen davon, ob in Oesterreich ein strengparlamentarisches Regime möglich und mit Majoritätsministerien zu regieren sei.

In diesem Hause sehe er keine geschlossene Partei mit bestimmtem Programme und Männern, welche geeignet wären, die Verwaltung weiter zu führen. Die Regierung hält es daher mit ihrem Gewissen vereinbar, trotz einiger gegen sie ausfallender Voten, dem Kaiser noch ferner zu dienen. Schmerling erinnert schließlich, daß die Regierungsbahnhänger eben so fest zusammenstehen mögen, wie die Opposition und schließt mit der Versicherung: Die Devise der Regierung sei: Treue dem Kaiser, Treue der Verfassung, aber auch treue Befolgung der Pflicht.“

Um nun zu erwähnen, wie die Oppositionsblätter diese Rede aufgenommen, nehmen wir das erste beste, die „Presse.“ Sie sagt: „Der Herr Staatsminister begann und schloß mit Erläuterungen zu unserer Verfassung, die gewiß höchst wünschenswerth waren, damit nämlich volle Klarheit walte, nagende Zweifel schwinden; und jene Klarheit ist auch über uns gekommen, diese Zweifel sind geschwunden.“

Die Erklärung, welche Herr v. Schmerling gegen die Majoritätsministerien abgab und der Hinweis auf die Programmlosigkeit der Parteien im Hause wollen der „Pr.“ nicht recht schmecken, sie sind auch bitter genug; dennoch gesteht das Oppositionsblatt, „die Aussprüche des Staatsministers zeugten nicht bloß vom erhöhten Selbstbewußtsein, sondern auch von Ueberzeugungsfestigkeit“, und sagt schließlich: „Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß das heutige Wort des Herrn Staatsministers nicht ein letztes Wort gewesen sein möge. Wir wünschen vor Allem, daß eine Klust nicht erweitert werden möge, die denn doch schwer zu überbrücken wäre. Wir vertrauen insbesondere der Weisheit des höchsten Richters, welchen der Herr Staatsminister heute wiederholt angerufen, und da wir das Wohl des Reiches, seine Blüthe, Stärke und sein wahrhaftes Gedeihen aus voller Seele erstreben, so entsagen wir nimmer der Hoffnung, eine den Interessen der großen unter Oesterreichs Szepter vereinigten Völker-Gesamtheit zugehende Wendung in nicht ferner Zeit eintreten zu sehen.“

37. Sitzung des Abgeordnetenhauses
vom 27. März.

(Schluß.)

Abg. Herbst bemerkt, die Adressdebatte habe in den Arbeiten des Finanzausschusses ihren wahren Ausdruck gefunden. Redner geht dann in eine Kritik des von der Regierung vorgelegten Budgets ein, welches er in einzelnen Punkten bemängelt. Die Finanzlage sei eine betrübende und der sich auf dieselbe beziehende Passus der Adresse sei die Richtschnur gewesen, welche er festgehalten. Er mußte sich daran halten, wollte er den Intentionen des Hauses nachkommen, wollte er es vermeiden, daß weitere Steuererhöhungen nothwendig werden. Daß diese aber nicht mehr thunlich seien, zeigen die Steuerrückstände, welche bereits die Höhe von 26 Millionen erreichten und so die bestehenden Erhöhungen paralysirten. Es werde vielmehr die Frage an das Haus treten, ob die Steuern nicht herabgesetzt werden müssen. Schon habe man der Zucker- und Brauntweinindustrie Erleichterungen zugestehen müssen und werde es nicht nothwendig sein, diese auch für andere Gewerbe eintreten zu lassen?

Auch mit dem Anlehen sei man an der Grenze der Möglichkeit angekommen, abgesehen davon, daß die Anlehen das Kapital absorbiren, den Zinsfuß erhöhen und so die Industrie untergraben. Die Zinsen der Staatsschuld seien seit 1861 um ein Fünftel gestiegen, der Bedarf zur Tilgung der Staatsschuld um das Dreifache. Das sei eine Progression, die nicht weiter geführt werden kann. Die absorbirende der gesamten Staatseinnahmen, nur 2/3 können anderen Zwecken zugeführt werden. Dieser Umstand allein zeige, wie dringend die Regelung des Staatshaushaltes sei. Was der Finanzausschuß that, was er beantragte, sei dringend geboten, man könne sich nicht mehr auf die Zukunft vertrusten lassen. Der Finanzausschuß sei mit Sorgfalt und Bedacht bei seinen Anträgen vorgegangen und habe dieselben nicht leichtfertig gestellt. Er habe selbst die Virements in allen Fällen beantragt, wo es ohne Nachtheile geschehen konnte, und habe auch in dieser Beziehung seine Pflicht gethan, um der Regierung die Ersparungen möglich zu machen. Der Finanzausschuß könne daher dem Schicksale seiner Anträge im Hause mit Veruhigung entgegensehen. Auch er glaube, daß diese Fragen keine Frage der Partei sein könne und das Haus habe durch seinen letzten Beschluß bereits gezeigt, daß es ihm Ernst ist, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen.

Abg. Freih. Tinti spricht gegen die Ausschüsse anträge. Das ganze Haus habe den Wunsch, die größtmögliche Ersparung zu erzielen. Aber auch die Regierung habe daselbe Bestreben. Wenn er auch bedauere, daß die Regierung nicht in dem Bestreben vorangegangen, so müsse doch anerkannt werden, daß sie sich bereitwillig angeschlossen. Die Ziffer, welche die Regierung ausgesprochen, sei viel höher gewesen, als irgend Jemand zu hoffen wagte. Er glaube nicht, daß mit Ablehnung des Antrages Brints die Sache ad acta gelegt sei. Er glaube, die Sachlage stehe so, daß die Regierung noch immer dem Abstriche zustimmen werde, wenn die von ihr gestellten Bedingungen auch acceptirt werden. Wenn man die Ziffer der Abstriche der Regierung mit denen des Finanzausschusses, dann die von der Regierung gestellten Bedingungen mit den Beschlüssen des Finanzausschusses vergleicht, so finde man, daß mit Ausnahme des Kriegs- oder Marinebudgets eine außerordentliche Annäherung der beiderseitigen Proposition stattgefunden habe. Weder der Finanzausschuß noch die Regierung können heute sagen, daß sie an ihrer Ziffer festhalten. Aus einer Vergleichung der Ziffern zeigt Redner, daß der Finanzausschuß für die Zivilverwaltung um

300.000 fl. mehr beantrage als die Regierung. Ein Zurückgehen auf die Propositionen der Regierung sei daher leicht möglich und zugleich wünschenswerth. Durch die Verhandlungen im Hause, durch die Aufklärungen von Seite der Regierung könne man zu einem gesünderen Resultate kommen als im Finanzausschusse. Das Entgegenkommen müsse ein beiderseitiges sein. Das Haus sowohl, als die Regierung dürfe nicht mit vorgefaßter Meinung in die Verhandlung eintreten.

Abg. Sadil spricht unter Unruhe des Hauses und für die Gallerien ganz unverständlich für die Anträge des Finanzausschusses.

Abg. Schindler wendet sich zuerst gegen die Bemerkung des Abg. Sartori und verwundert sich nicht wenig, daß ein Abgeordneter den Satz ausspreche, die Regierung werde ausgeben, was sie ausgeben müsse und habe das Recht dazu nach §. 13. Auf diese Weise brauchte man keine Verfassung. Aber er wolle den Abgeordneten nicht verdächtigen, als wäre er kein Freund der Verfassung, sondern jenen Stimmen entgegengetreten, welche Konflikte zu schüren bemüht sind, um dem Absolutismus zuzusteuern. Sich gegen den Abg. Kromer wendend, zeigt Redner, daß keine Vorlage unerledigt geblieben und daß nebst den großen Arbeiten im Finanzausschusse auch noch eine Reihe anderer Vorlagen in den Ausschüssen erledigt wurden. Man werfe der Opposition vor, sie sei extrem. Aber mit Unrecht. Das Haus müsse den Intentionen treu bleiben, die es in der Adresse ausgesprochen, es dürfe nicht den Verdacht auf sich lassen, daß es auch von dem Miasma der Bürokratie angesteckt wurde. Wenn man auch alle Grundsätze abschaffen kann, so könne man es doch mit dem nicht thun, daß man von dem Volke nichts mehr nehmen kann, wenn es nichts mehr zu geben hat. Oesterreich habe die Pflicht, sich volkswirtschaftlich auszubilden, dann werde es jenen Rang unter den Staaten einnehmen, den es einnehmen soll.

Abg. Winterstein spricht gegen die Ausführungen des Freiherrn v. Tinti und sucht das Vorgehen des Subcomité bei der Verhandlung des Antrags des Grafen Brinks zu rechtfertigen. Er könne nicht, wie Baron Tinti, hoffen, daß noch eine versöhnliche Stimmung zwischen dem Hause und der Regierung Platz greifen werde, sehe aber der Detailberatung um so ruhiger entgegen, als er hoffe, daß die Majorität des Hauses den Beschlüssen des Finanzausschusses beistimmen werde.

Wegen vorgerückter Stunde wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 28. März.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Meszéry, Plener, Hein, Burger, Frank — später Mensdorff, Ministerialrath v. Menshengen.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkäufe wird zur Tagesordnung übergegangen. Auf derselben steht die Fortsetzung der Generaldebatte über das Budget für 1865.

Abg. Waidle spricht gegen den Ausschußantrag. Er verwahrt sich dagegen, als würde er die gegenwärtige Finanzlage nicht als eine sehr ernste auffassen. Er wünsche selbst eine klare Darstellung der Sachlage, aber sie möge auch gerecht sein. Dies vermisse er aber in dem Berichte des Finanzausschusses. Er vermisse eine gehörige Würdigung des Heilmittels unserer Finanzzustände. Das einzige und radikale Heilmittel sei wohl Regelung des Staatshaushaltes, aber soll er fortwährend in der Weise geregelt werden, wie es seit vier Jahren geschieht. Man müsse endlich dahin kommen, auch zu andern Dingen als zu dem Budget Zeit zu gewinnen. Redner betont die Nothwendigkeit neuer Organisationen in der Justiz, wie in der politischen Verwaltung. Er macht dem Hause Vorwürfe darüber, daß es die von der Regierung eingebrachten Organisationsentwürfe einfach zurückwies, ohne die Prinzipien festzustellen, welche der Gesetzgebung zu Grunde liegen sollten. Wie wolle man einen Haushalt regeln, an dem man die Basis noch nicht geordnet. Was nütze es einzelne Dinge herauszureißen, sie zu besprechen, darüber Wünsche zu äußern bei einer Gelegenheit, wo immer die Zifferfrage die Hauptsache ist? In dem Ausschußberichte vermisse er eine eingehende Begründung unserer Finanzverhältnisse. Unsere Geldverhältnisse sind nicht aus den Umständen allein entstanden, welche der Bericht aufführt. Ein Hauptgrund sei die Bankakte. Wenn man plötzlich so viele Geldzeichen aus dem Verkehr zieht, wie es in Folge der Bankakte geschehen, so sei dies ein Umstand, der drückend wirkt, wenn er auch nur temporär und vorübergehend ist, aber das müsse man dem Volke offen sagen. — Die Zinsen, welche für Anlehen in's Ausland wandern, tragen auch einen Theil der Schuld. Er erkenne nicht die schädlichen Einflüsse des fortwährenden Aus-

leiheus, aber die Anleihen seien bisher nicht nur nothwendig, sondern gar nicht zu umgehen gewesen, und deshalb habe das Haus auch bisher stets seine Zustimmung gegeben. Aber dies hätte der Finanzausschuß dem Volke in seinem Berichte sagen müssen, und es aufmerksam zu machen, daß dies eben nur ein Uebergangsstadium sei und daß die Volksvertretung darauf sehen werde, daß es anders werde. Nicht die Männer, welche die Regierung gegenwärtig leiten, tragen aber die Schuld, daß bisher diese Nothwendigkeit herrschte. Er verlasse nicht die Nothwendigkeit zu Ersparungen, aber er finde, daß nicht alle Abstriche den Charakter von Ersparungen, sondern des Aufschubens haben, beispielsweise die Vervielfältigung der Interkalare, mit welchem man für das Volk nichts Gutes, sondern nur Böses schaffen würde. Dies kann zur Folge haben, daß in kurzer Zeit an einzelnen Orten nicht die genügende Anzahl von Beamten ist, daß die Rückstände sich häufen. Das kann dem Volke nicht gleichgültig sein. Es ist dies übrigens keine Ersparung, sondern nur eine Uebertragung der Last auf die folgenden Jahre. Er wünsche daher Klarheit der Verhältnisse. Auch die allgemeine Weltklage hätte in dem Berichte betont werden sollen, auch dies hätte dem Volke zum Troste gereicht. Die Geldwerthe haben in der ganzen Welt eine andere Richtung genommen. Man hätte erwähnen müssen, daß man, um das Uebergangsstadium abzukürzen, die Zahlungstermine an die Bank auf kurze Zeit zusammenbränge, welche man vielleicht auf längere Zeit hätte vertheilen können. Auch dies hätte man in dem Berichte sagen müssen. Man hätte das Ministerium auffordern müssen, alle Kraft aufzuraffen, um neue, sichere Grundlagen für die Staatseinrichtungen zu schaffen.

Abg. Ingram erklärt sich für die Ausschüßanträge. Er findet, daß der Bericht derart sei, daß man aus demselben zu der falschen Vorstellung gelangen müsse, das Defizit betrage nicht mehr als 4 Millionen, deshalb wurde leicht der Vorwurf erhoben, das Haus ziehe wegen eines verhältnißmäßig geringen Betrages einen Konflikt mit der Regierung herbei. Redner sieht ein viel höheres Defizit und vermist in dem Budget die Angabe der Mittel, wie dasselbe zu bedecken ist. Redner geht in die Geschichte der Verhandlung über die von der Regierung angebotenen Abstriche ein und erklärt sich schließlich mit der Ansicht Tinti's einverstanden, daß die Hauptdifferenzen nur beim Kriegs- und Marinebudget stattfinden. Auch er wünsche eine Vereinbarung, aber er bezweifle die Möglichkeit derselben, weil eben das Haus und die Regierung dabei ganz verschiedene Standpunkte einnehmen. Man habe zwischen einer etwas weniger schlagfertigen Armee und einem ausgefogenen Lande zu wählen, aber wenn das Land kein Geld hat, sei es ohnehin mit der Schlagfertigkeit zu Ende. Eine bessere Politik könnte das erregen, was der Schlagfertigkeit abginge. Er wünscht eine bessere Politik. Wenn das Haus auch auf finanziellem Gebiete seinen Frieden mit der Regierung schloße, so bleiben doch noch genug Kalamitäten zu beseitigen. Dies bringe ihn zur Besprechung der Verfassungsfrage. Wenn die Länder sehen werden, daß das Haus eben nur Anlehen bewillige, hohe Budgets votire, die Prinzipien des Verfassungslebens aber nicht fördere, so hätten sie dann das Recht, den Abgeordneten zuzurufen: „Bleibt zu Hause und laßt die Regierung selbst die Kastranen aus dem Feuer holen.“ Redner geht auf die Besprechung des §. 13 der Verfassung über, welcher nach der Interpretation der Regierung vollkommen geeignet sei, die übrigen Paragraphen der Verfassung zu verschlingen. Das Kompromiß in der Budgetfrage werde diese Angelegenheiten noch nicht zur gedeihlichen Austragung bringen. Abg. Sartori habe mitgetheilt, das Ministerium hätte irgendwo die Erklärung abgegeben (er wisse nicht wo), es wolle, wenn höhere Abstriche gemacht werden als die von ihm angebotenen, bereitwilligst die Zügel der Regierung anderen Händen übergeben. Er glaube das nicht, denn da das Ministerium der Ueberreichung der Adresse nicht opponirte, scheine es ihm noch immer möglich, daß die Regierung die in derselben von dem Hause niedergelegten Intentionen acceptiren werde. Sollte das Unvermeidliche aber dennoch eintreten, baue er fest auf die Weisheit des Gebers der Verfassung, der die Ueberzeugung haben werde, daß es sich hier nicht um Personen, sondern um Systeme handle.

Abg. Baritiu: Vor zwei Monaten sei von einem Mitgliede der Linken an die Vertreter Siebenbürgens eine Apostrophe gerichtet worden, sie mögen das durch das Wahlgesetz, welches sie sehr begünstigt, in sie gelegte Vertrauen rechtfertigen. Er erklärt, die Regierungsvorlage über das Budget sei so umfangreich, daß es ihm sehr viel Mühe und sehr viel Nächte kostete, um sie nur durchzulesen. Bei der Verathung werde für ihn weder ein Parteistandpunkt, noch irgend eine Rücksicht, sondern nur allein sein Gewissen und sein Verstand maßgebend sein. (Der Redner bleibt auf den Gallerien vollkommen unverändert.)

Abg. Sene findet, daß in den letzten 4 Jahren Oesterreich gar keine Fortschritte machte. Es sei wohl wahr, daß die Regierung die Finanzverhältnisse im zerrütteten Zustande vorfand, aber er verlange, daß sie produktiv vorgehe und verbessere. Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse schildert Redner als sehr traurig, die Steuern als unerschwinglich und man sei bei dem Punkte angelangt zu sagen: „Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren.“ Die Ueberzeugung steht bei ihm fest, daß das Land keiner rosiggen Zukunft entgegengehe. Die Fehler der Verwaltung werden vom Lande schwer gebüßt und er glaube, die Regierung habe gegenwärtig noch nicht die Kenntniß der wahren Lage des Staates. Auf das Defizit übergehend berechnet Redner, daß 114 Millionen nothwendig sein werden, um alle Bedürfnisse zu decken und er fürchtet, daß die Bemühungen des Finanzministers, das Defizit zu decken, so erfolglos bleiben werden, wie im Vorjahre. — Wenn die Regierung auch die Verhältnisse nicht verschuldet hat, so habe sie doch nicht genug gethan, sie zu bessern. Man verlange Vertrauen zur Regierung und er verlasse nicht, daß es gut sei, der Regierung Vertrauen zu schenken, aber sein Vertrauen zu den Erfolgen ihrer Maßnahmen sei sehr schwach. Er hoffe, daß die Abstriche des Finanzausschusses vom Hause aufrecht erhalten werden, denn was würde es nützen, wenn man Ausgaben bewilligt, zu welchen man das Geld zur Bedeckung nicht finden werde.

Schluß der Debatte wird beantragt, aber nicht angenommen.

Abg. Teutsch (Siebenbürgen) erklärt, daß die von Baritiu abgegebene Erklärung nicht im Namen der Siebenbürger, sondern nur im eigenen abgegeben wurde. Er müsse sich dagegen verwahren, als ob die Siebenbürger aus gemeinen fiskalischen Gründen in den Reichsrath getreten sind, der Wunsch nach Einigung auf konstitutioneller Grundlage bewog sie allein dazu. Seit der Sanktionirung des siebenbürgischen Wahlgesetzes seien die Abgeordneten auf derselben Grundlage im Reichsrathe wie ihre Brüder aus Niederösterreich, auch sind sie da auf Grundlage der Februar-Verfassung, mit welcher sie stehen und fallen.

Abg. Kuranda fühlt sich verpflichtet, dem Finanzausschusse seine Anerkennung auszusprechen. Die Bevölkerung sei dem Finanzausschusse zu Dank verpflichtet, denn dieser habe jedenfalls mindestens 20 Millionen erspart, und dies sei eine That, die überall verstanden wird. Alles deute darauf hin, daß die Regierung den Gedanken festhalte, man befinde sich noch im Provisorium, dieß gehe aus allen ihren Maßnahmen hervor. Ein Werk könne nicht gedeihen, wenn die Männer, die es vollführen sollen, nicht überzeugungstreu ihre Aufgabe erfüllen. Redner weist auf die Finanzverhältnisse Frankreichs vom Jahre 1799 hin und zeigt, daß damals das französische Ministerium binnen 6 Monaten geregelte Verhältnisse herstellte. Als zweites Beispiel führt Redner das Jahr 1849 an, und vergleicht das, was in diesem Jahre geschah, mit dem was, wie er sagt, in den letzten 4 Jahren nicht geschah. Alle Mitglieder des Hauses hätten die Ueberzeugung, daß der Staatsminister nicht fähig sei, wie der Minister von damals, dem Absolutismus zu dienen. Aber unerklärlich seien die Maßnahmen der Regierung und unvereinbar mit den Begriffen, die man von dem Ministerium Schmerling hatte. Gerade heute sei etwas geschehen, was ganz unvereinbar sei mit der Vorstellung von einem Ministerium Schmerling. Gerade heute sei eine hiesige Zeitung im Wege der objektiven Verfolgung suspendirt worden, und dieß sei eigentlich der Grund, weshalb er noch nachträglich das Wort genommen. Solche Maßnahmen seien unvereinbar mit dem Pressegesetz, das vom Hause votirt wurde, unvereinbar mit den Hoffnungen, die man auf das Ministerium Schmerling setzte.

(Vizepräsident Hopfen übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Riese-Stallburg bespricht Kapital-, Kredit- und landwirtschaftliche Verhältnisse, erklärt er könne gegenwärtig nicht mit der Regierung gehen, deren Anhänger er früher war, er werde sich aber freuen, es wieder bald thun zu können, wenn die Regierung etwas zur Besserung der Verhältnisse gethan haben wird. Als guter Freund des Ministeriums müsse er dasselbe dazu drängen, an die Besserung der Verhältnisse Hand anzulegen.

Es ist kein Redner mehr eingeschrieben, weshalb der Präsident die Generaldebatte schließt.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 27. März. Der neugewählte Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hielt heute seine erste Sitzung. Er wählte in derselben Freiherrn v. Pratobevera zum Obmann und Dr. Taschel zum Obmann Stellvertreter. Die Referate wurden mit einer geringen, durch den Eintritt vier neuer Mitglieder ge-

botenen Aenderung, in derselben Weise vertheilt, wie dies beim Finanzausschuß pro 1865 der Fall war.

Der Antrag des Baron Riese auf Gewährung zwanzigjähriger Steuerfreiheit für Neubauten in den Hauptstädten hat bereits die Ausschußberatung passiert. Der Ausschuß ging in die Tendenz des Antragstellers ein, entschied sich jedoch, conform mit Wünschen, welche das Haus in seiner ersten Session ausgesprochen, dahin, daß für Neubauten eine fünfzehnjährige, für Umbauten eine zwölfjährige Steuerfreiheit gewährt werden solle. Die Steuerfreiheit soll ferner auch auf den Umbau solcher Häuser auf dem flachen Lande ausgedehnt werden, die durch Elementar-Ereignisse zerstört worden sind, alles dies jedoch mit möglichster Schonung der Bezüge des Aerars.

Karlowitz, 26. März. Man schreibt der „Gen.-Corr.“: Im gestrigen Referate des ad hoc gewählten Ausschusses wurde eine vollständige Negation der Berechtigung der rumänischen Forderungen ausgesprochen und auseinandergelegt. In der geheimen Konferenz soll, wie verlautet, ebenfalls keine günstigere Anschauung zum Durchbruche gekommen sein. Man will von serbischer Seite aus den Fonds höchstens 250.000 fl. und kein einziges Kloster freiwillig abtreten. Die Militär-Deputirten waren für Abfertigung der Rumänen mit der obigen Summe und mit zwei Klöstern. Der Ausgleich ist daher als gänzlich gescheitert zu betrachten. Erzbischof Schaguna ist bereits nach Wien abgereist; Bischof Ivačovic und die rumänischen Deputirten sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

Russland.

Dresden, 27. März. Nach einem Frankfurter Telegramm des heutigen „Dresdener Journals“ verlangte Preußen die Verweisung des bairisch-sächsischen Antrages an einen Ausschuß und gab die Erklärung ab: Es bedauere die in dem Bundesbeschlusse enthaltene Ueberstärkung, sowie den Mangel an Rücksicht für die Ansprüche anderer Bundesfürsten, namentlich Oldenburgs und Preußens. Die preussischen Ansprüche, auf den Friedensvertrag und ältere Rechtstitel gegründet, würden alsbald zur Geltung gebracht werden. Das Präsidium protestirte im Namen der Versammlung gegen den Vorwurf einer Ueberstärkung.

Dem „Pungolo“ zufolge soll in **Parma** ein unbekanntes Individuum auf den König Viktor Emanuel geschossen, ihn aber glücklicher Weise nicht getroffen haben. Der Verbrecher sei gleich nach dem Schuß spurlos verschwunden. Wie wir dem „Panaro“ entnehmen, hat sich der Zustand des Generals Fantio sehr verschlimmert, daß man jeden Augenblick die Nachricht von seinem Tode erwartet.

Ofende, 27. März. Gestern Abends wurde das hiesige Arsenal mit vollständigem Materiale durch eine Feuersbrunst gänzlich zerstört. Der Schaden ist sehr bedeutend.

London. Unbekümmert um die Dementi's offizieller und offiziöser Blätter, fährt die „Morning-Post“ fort, Enthüllungen über russische Pläne, von denen sie Kenntniß haben will, zu bringen. Sie versichert, daß gegen Ende Jänner d. J. der russische Botschafter in Berlin, Herr v. Dubril, Herrn Bismarck von der Absicht Rußlands in Kenntniß setzte, an den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich eine Einladung zu einer Zusammenkunft mit dem Caren in Warschau ergehen zu lassen, und zwar auf den Monat Mai, wann eine große militärische Revue stattfinden soll. Der wahre Zweck der Zusammenkunft sei jedoch die Einleitung des auf wechselseitige Verabredung zu geschiedenden Rücktrittes der drei Mächte von den Verpflichtungen des Wiener Traktates, welche den Theilhabern Polens schon lange lästig geworden sind. Diese Absicht ist dem Berliner Kabinet konfidentiell mitgetheilt worden.

Aus **Petersburg** geht dem „Wanderer“ über Berlin die telegraphische Nachricht zu, das Nonnen-Kloster „zur Kreuzerhöhung“ sei in Folge der Gerüchte von der Existenz der sibirischen Pest (im Kloster?) vom Proletariat in Brand gelegt und sammt der Charité niedergebrannt worden. Eine Proklamation des Polizeichefs fordere die Einwohner zum Vertrauen in die Behörden auf.

Mexiko, 28. Februar. Die freundschaftlichen Beziehungen Mexiko's zu England haben einen neuen werthvollen Ausdruck erhalten. Der außerordentliche Gesandte, welchen die Königin von England an den kaiserlichen Hof von Mexiko gesendet hat, Herr Scarlett, hat drei Handschreiben der Königin von England überbracht, in denen lebhaft dem Wunsche nach freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten Ausdruck gegeben wird. Das erste ist das Beglaubigungsschreiben des Gesandten und an den Kaiser, das zweite an die Kaiserin Charlotte gerichtet, das dritte enthält die Antwort auf die Notifikation des Regierungsantrittes. Auch zwischen dem Kaiser und dem Gesandten sind bei der Ueberreichung der Akte-

ditiven Versicherungen des gegenseitigen Wohlwollens der beiden Regierungen ausgetauscht worden.

New-York, 16. März. Die Befestigung Fayetteville's durch Sherman wird bestätigt, derselbe rückt nördlich vor. Shofield besetzte Kingston. Sheridan zerstört die Eisenbahnen nach Lynchburg. Man versichert, Sheridan stehe 20 Meilen von Richmond entfernt. Die Räumung dieses letzteren wird erwartet. Der Präsident der Südstaaten Davis kündigte an, er habe dem Kongresse Mittheilungen zu machen, und vertagte dessen Schluß. Man glaubt, die Regierung der Nordstaaten werde die Zahlung der Mai-coupons der $\frac{7}{10}$ Bons anticipiren.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 30. März.

Se. Excellenz der Herr Statthalter hat anlässlich des von der philharm. Gesellschaft für die Nothleidenden Innerkrains am 25. d. M. veranstalteten Concertes den mitwirkenden Mitgliedern der Gesellschaft, sowie den Herren Andreas Wittenz und Rud. Willitz für die bereitwillige Unterstützung des Unternehmens, mittelst eines an die Gesellschafts-Direktion gelangten Schreibens seine Anerkennung auszusprechen befunden.

Das auf nächsten Sonntag anberaumte Concert der philharmonischen Gesellschaft wird ein vorwiegend orchestrales sein, indem unter Andern eine große Symphonie zur Aufführung gebracht wird. Das Oratorium „Die sieben Worte“ wird erst in dem zum Besten der Lehrer in der Charwoche stattfindenden Concerte aufgeführt werden.

Der „Brasilian“ ist gestern gegen Mittag mit den mexikanischen Freiwilligen von Triest abgegangen. Wie die „Tr. Ztg.“ schreibt, zogen es einige Freiwillige vor, sich nicht einzuschiffen.

Wiener Nachrichten.

Wien, 29. März.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben den Abgebrannten zu Olman B. O. M. B. 300 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta haben dem katholischen Gesellenvereine zu Uglan in Mähren eine Spende von 525 fl. allergnädigst zu widmen geruht.

Die „Wiener medizinische Presse“ erhält in Betreff der vielbesprochenen sibirischen Pest aus Petersburg unterm 26. d. M. folgendes Telegramm: „Sibirische Menschenpest keine. Flecktyphus sehr zahlreich; Ansteckung bedeutend; Sterblichkeit groß, in letzterer Zeit sehr gestiegen. Quelle sicherste.“

Nachdem einige Tage vorher ein bedeutender Brand in den Hader-Magazinen der Leidesdorfer'schen Papierfabrik die Einwohner von Wiener-Neustadt alarmirt hatte, erbeute in der Nacht von Donnerstag zum Freitag, vom 23. auf den 24. d., vor Ein Uhr unter donnerähnlichem Getöse weithin die Erde. Es waren nacheinander zwei Pulverstampfen des Herrn Döttelbach, zwischen Wiener-Neustadt und Lichtenthörs gelegen, in die Luft geflogen. Bis in die höchsten Wipfel der Pappeln und Birken war die Gewalt des explodirten Pulvers gedrungen, ein Mählgindel von riesigen Dimensionen in der Mitte abgedreht und auseinandergeworfen, auf hundert Schritte Entfernung die Erde mit verbrannten Trümmern von Balken, Läden und Schindeln und den abgebrochenen Aesten der Bäume wie besäet. Zum Glück ging kein Menschenleben verloren. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Der Schaden ist beträchtlich.

Vermischte Nachrichten.

Die Kommission, welche zur definitiven Feststellung eines Wahlspruches für das in Dresden bevorstehende erste deutsche Sängerbund-Fest niedergesetzt worden war, hat aus dem reichlich eingegangenen Material einstimmig folgenden Spruch gewählt:

Herz und Lied, frisch, frei, gesund!

Wahr' dir's Gott, du Sängerbund!

Der „B. Z.“ wird der Zettel eines am 6. Dezember v. J. am Hofe des Kaisers Maximilian von Mexiko abgehaltenen Gala-Konzerts mitgetheilt. Das Programm trägt an der Spitze das kaiserlich mexikanische Wappen in Golddruck und lautet, aus dem Spanischen übersetzt, wie folgt: Erste Abtheilung: Serenade aus „Faust“ von Gounod, gesungen von Herrn Biagi. „Mein Sohn“, Romanze aus „Der Prophet“ von Meyerbeer, gesungen von Fr. Sulzer. „La donna è mobile“ aus „Rigoletto“ von Verdi, gesungen von Hrn. Mazzolani. Brillante Phantasie für die Violine, gewidmet Sr. Majestät dem König Leopold und vorgetragen mit Orchester-Begleitung

von dem Komponisten Hrn. Jean Prume. Terzett aus „Die Lombarden“ von Verdi, gesungen von Fr. Drtolani und den Herren Mazzolani und Biagi. Zweite Abtheilung: Arie aus „Der Barbier von Sevilla“, von Rossini, gesungen von Hrn. Orlandini. „Erinnerungen an Chateaubriand“, von Quibant, gespielt auf dem Piano von Hrn. Leon. Arie aus „La Traviata“, von Verdi, gesungen von Fr. Drtolani. Toast aus „Lucrezia Borgia“, von Donizetti, gesungen von Fr. Sulzer. „Elegie“, komponirt für Violine von Ernst, vorgetragen mit Pianobegleitung von Hrn. Jean Prume. Quartett aus „Rigoletto“, von Verdi, gesungen von Fr. Drtolani und Sulzer und den Herren Mazzolani und Orlandini.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 30. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Erfordernisse für den Hofstaat, das kaiserl. Kabinet, den Minister-rath, den Reichsrath und den Staatsrath nach Antrag des Finanzausschusses angenommen. Die Generaldebatte über das Erforderniß des Ministeriums des Aeußern wurde eröffnet.

Pest, 28. März. (N. Fr. Pr.) Ludwig Tzschal aus Siebenbürgen, Bezirk Szt. Miklos, ein ehemaliger Honved und in letzter Zeit in einem hiesigen Kaufmannsamt bedienstet, welcher fast gleichzeitig mit Paul v. Almash gefänglich eingezogen worden war, wurde vom Militärgerichte des Hochverrathes schuldig erkannt und zu vierzehn Jahren schweren Kerfers verurtheilt. Das Urtheil ist bereits allerhöchsten Orts bestätigt worden.

Berlin, 28. März. (N. Fr. Pr.) Die Regierungs-Organe polemisiren in heftiger Weise gegen den bairisch-sächsischen Antrag am Bunde, Preußen müsse gegen die romantische Politik der Mittelstaaten seine Machtstellung wahren. Die Gerüchte über Vertagung der Kammern sind verstummt. Die Abreise des Königs nach Karlsbad wird erst Mitte Juni erfolgen.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 29. März. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Heu und Stroh (60 Zentner), 49 Wagen und 1 Schiff (5 Klafter) mit Holz, und 12 Mehen Erdbäpfe.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mehen fl. —. (Magazins-Preis fl. 3.87); Korn fl. —. (Magz. Pr. fl. 2.55); Gerste fl. —. (Magz. Pr. fl. 2.38); Hafer fl. —. (Magz. Pr. fl. 1.85); Halbfrucht fl. —. (Magz. Pr. fl. 2.76); Heiden fl. —. (Magz. Pr. fl. 2.80); Hirse fl. —. (Magz. Pr. fl. 2.88); Kukuruz fl. —. (Magz. Pr. fl. 3.12); Erdbäpfe fl. 1.90 (Magz. Pr. fl. —); Linsen fl. 4. — (Magz. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4. — (Magz. Pr. fl. —); Bifolen fl. 4. — (Magz. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 60, Schweineschmalz fr. 44; Speck, frisch fr. 32, detto geräuchert fr. 44; Butter fr. 60; Eier pr. Stück fr. 14; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 18, Schweinefleisch fr. 23, Schöpfensfleisch fr. —; Hühner pr. Stück fr. 55, Tauben fr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10, Stroh fr. 75; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 9.50, detto weiches fl. 6.60; Wein (Magz. Pr.) rother pr. Eimer von 11 bis 15 fl., weißer von 12 bis 16 fl. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

Neustadt, 27. März.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mehen fl. 4. —; Korn fl. 2.60; Gerste fl. —; Hafer fl. 1.50; Halbfrucht fl. 3. —; Heiden fl. 2.30; Hirse fl. —; Kukuruz fl. 2.70; Erdbäpfe fl. 1.80; Linsen fl. 4.80; Erbsen fl. 4.16; Bifolen fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund fr. 40; Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 30; detto geräuchert fr. 35; Butter fr. 45; Eier pr. Stück fr. 1; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 21; Kalbfleisch fr. 24; Schweinefleisch fr. 20; Schöpfensfleisch fr. —; Hühner pr. Stück fr. 30; Tauben fr. —; Heu pr. Ztr. fl. 2. —, Stroh fl. 1. —; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5. —, detto weißer fl. 4. —.

Theater.

Heute Donnerstag: Zum Vortheile des Komikers Anton Eckert:

Franz Müller, oder: Der Mord auf der Londoner Eisenbahn.

Lebensbild in 3 Abtheilungen und 7 Bildern, nach dem Englischen frei bearbeitet von Ph. Friedemann.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 29. März.			
5% Metalliques	70.70	1860-er Anleihe	92 70
5% Nat.-Anleihe	76 70	Silber . . .	108.75
Banquiers	796. --	London . . .	110 50
Kreditaktien	181.70	R. f. Dufaten	5 12

Fremden-Anzeige

vom 28. März.

Stadt Wien.

Die Herren: Weigelt von Breslau. — Musquitter, Handelsmann, von Ransbach. — Privat, Fabrik-Direktor, von Trisail. — Dieks von Schneeberg.

Elephant.

Die Herren: Schler, Geschäfts-Reisender; Schellinger, Handlungs-Reisender, und Supan, Studirender, von Wien. — Debenz, k. k. Post-Beamte, von Görz. — Starre, Handelsmann, von Marburg. — Hofscheyer, Gutsbesitzer, von Graz.

Frau Hofscheyer, Potheisters-Gattin, von Gursfeld.

Baierischer Hof.

Die Herren: Stühr, Geschäftsmann, von Wien. — Wagner von Agram.

Möhren.

Die Herren: Pirz, Privat, von Neumarkt. — Schweg, Gastwirth, von Radmannsdorf.

(604—2)

Nr. 1774.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Gottschee, als Gericht, wird den Johann, Elisabeth, Lena und Maria Ranzel von Lienzfeld hiermit erinnert:

Es habe Elisabeth Jonke von Lienzfeld wider dieselben die Klage auf Ver-

jährt- und Erloschenerklärung der Forderungen aus dem Uebergabvertrage vom 28. August 1816 sub praes. 11. März 1865, Z. 1774, hiermit eingebracht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagssatzung auf den

27. Mai 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des S. 29 a. O. O. anordnet und den Beklagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Hr. Mathias Wolf von Lienzfeld als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen anderen Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

R. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, am 11. März 1865.

(614—3)

Creditlos-
Promessen
zur Ziehung am
1. April
verkauft billigt
Joh. Ev. Wutscher.

(606—2)

Nr. 272.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Kronau, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht: Es sei über das Ansuchen der Vormundschaft des mj. Anton Walcher, dann der Maria und der Elisabeth Walcher, letzte verehel. Thuy von Laibach gegen Franz Plösch vulgo Peston von Ratschach, wegen an baaren Darlehen schuldigen 530 fl. 23 kr. öst. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen, im Grundbuche der vormalsigen Herrschaft Weissenfels sub Urb. Nr. 425 vorkommenden Realität zu Ratschach C. Nr. 89 im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 3250 fl.

öst. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die drei Feilbietungs-Tagssatzungen auf den

19. April,

17. Mai und

14. Juni 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Anhang bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. k. Bezirksamt Kronau, als Gericht, am 19. Februar 1865.

Nicht zu übersehen!

Der ergebenst Gefertigte empfiehlt dem verehrten P. T. Publikum sein großes Lager von

frühlings-Sonnenschirmen,

sowie für die spätere Saison nach der neuesten Façon aus in- und ausländischen Stoffen in jeder beliebigen Größe

Stock- und En-tout-cas-Schirme.

Ferner sind bei ihm verschiedene

Seiden-, Alpacca- und Baumwoll-Regenschirme

in großer Auswahl zu den billigsten Preisen zu haben.

Auch übernimmt er das Ueberziehen, wozu eine bedeutende Auswahl von Stoffen bei ihm sich befindet, und besorgt jede Art Reparaturen prompt und billig.

Schirme aus früherer Saison werden bedeutend unter dem Fabrikspreise ausverkauft.

Das Verkaufs-Magazin von Sonnen- und Seiden-Regenschirmen befindet sich am Hauptplatz, Nr. 235, im I. Stock, Gassenseite.

Laibach im März 1865.

L. Mikusch,

(499—4)

Sonnen- und Regenschirm-Fabrikant.

Von meinen ausgezeichneten Gyps-fabrikaten, als:

Alabastergyps, Stuccaturgyps und Feldgyps

ist in Laibach die Niederlage bei den Herren

S. J. Pessiack & Söhne.

Die Preise davon sind besonders billig gestellt.

Kapfenberg, am 20. März 1865.

Gottfried Goeschel,

(588—2)

Herrschafts- und Fabrikbesitzer.

(605—2)

Nr. 1890.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Gottschee, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Andreas Gramer von Reichenau, gegen Thomas und Maria König von Hohenberg Hs. Nr. 3 wegen schuldiger 100 fl. öst. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, den Letztern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Gottschee Tom. suppl. Band 1, Fol. 150, vorkommenden Subrealität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 365 fl. öst. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die exekutiven Feilbietungs-Tagssatzungen auf den

25. April,

27. Mai und

27. Juni 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, im Amtssitze mit dem Anhang bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, am 14. März 1865.



MOLL'S

Seidlich-Pulver.



Central-Versendungs-Depot: Apotheke „zum Storch“ in Wien.

Zur Beachtung. Jede Schachtel der von mir erzeugten Seidlich-Pulver und jedem die einzelne Pulverdosis umschließenden Papier ist meine amtlich deponirte Schutzmarke aufgedruckt.

Preis einer versiegelten Originalschachtel 1 fl. 25 kr. öst. W. — Gebrauchs-Anweisung in allen Sprachen.

Diese Pulver behaupten durch ihre außerordentliche, in den mannigfaltigsten Fällen erprobte Wirksamkeit unter sämtlichen bisher bekannten Hausarzneien unbestritten den ersten Rang; wie denn viele Tausende aus allen Theilen des großen Kaiserreiches uns vorliegende Dankschreiben die detaillirten Nachweisungen darbieten, daß dieselben bei habitueller Verstopfung, Unverdaulichkeit und Sodbrennen, ferner bei Krämpfen, Nierenkrankheiten, Nervenseiden, Herzklappen, nervösen Kopfschmerzen, Blutcongestionen, gichtartigen Glieder-Affectionen, endlich bei Anlage zur Hysterie, Hypochondrie, andauerndem Brechreiz u. s. w. mit dem besten Erfolg angewendet werden und die nachhaltigsten Heilergebnisse liefern.

Niederlage in Laibach bei Herrn **Wilhelm Mayer**, Apotheker „zum goldenen Hirschen.“ **Görz: Fonzari.** **Gursfeld: Fried. Bömches.** **Gottschee: Jos. Kreu.** **Krainburg: Seb. Schaunigg,** Apotheker. **Neustadt: Dom. Rizzoli** und **Josef Bergmann.** **Wippach: Ant. Deperis.**

Durch obige Firma ist auch zu beziehen das

Echte Dorsch-Leberthran-Öl.

Die reinste und wirksamste Sorte Medicinalthran aus Bergen in Norwegen.

Jede Bouteille ist zum Unterschied von andern Leberthran-orten mit meiner Schutzmarke versehen.

Preis einer ganzen Bouteille nebst Gebrauchs-anweisung 1 fl. 80 kr., einer halben 1 fl. öst. W.

Das echte Dorsch-Leberthran-Öl wird mit dem besten Erfolg angewendet bei Brust- und Lungenkrankheiten, Scropheln und Rachitis. Es heilt die veralteten Gicht- und rheumatischen Leiden, so wie chronische Hautausschläge. Diese reinste und wirksamste aller Leberthran-Sorten wird durch die sorgfältigste Einsammlung und Auscheidung von Dorschfischen gewonnen, jedoch durchaus keiner chemischen Behandlung unterzogen, indem die in den Originalflaschen enthaltene Flüssigkeit sich ganz in demselben ungeschwächten primitiven Zustande befindet, wie sie aus der Hand der Natur unmittelbar hervorging.

A. MOLL,

Apotheker und chemischer Producten-Fabrikant in Wien.

(95—11)